

Migrationsfolgelasten bedrohen Gesellschaft und Sozialkassen

Quelle: „privatdepesche“ Nr. 23/2017

Die Auswirkungen dieser in ihrer Dimension beispiellosen Bevölkerungsver-schiebung bekommen die Bürger am unmittelbarsten durch steigende Kriminalität und verlorene Sicherheit im öffentlichen Raum zu spüren. Die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2016 bildet nur die Spitze des Eisbergs ab, und die ist dramatisch genug: Die Zahl der tatverdächtigen Asyl-Immigranten ist um mehr als die Hälfte gestiegen, der deutliche Anstieg von Gewalt- und Sexualverbrechen geht fast ausschließlich auf das Konto der Asyl-Einwanderung.

Afghanen, Iraker und Syrer sind fünfmal höher kriminalitätsbelastet als Deutsche und übertreffen bei Sexualdelikten sogar Nordafrikaner. Da ändert es auch nichts, wenn die Betroffenen mit neuem Aufenthaltsstatus nicht mehr als Asyl-„Zuwanderer“ geführt werden.

Dreiste Diebstähle, sexuelle Belästigungen oder heimtückische Angriffe auf U-Bahn-Benutzer, Obdachlose oder Behinderte durch „Jugendliche“ sind alltäglich geworden. Was Statistiken und überregionale Medien kaum erfassen, spricht sich in den sozialen Medien herum, die kaum zufällig gerade jetzt unter verschärfte Zensur gestellt werden sollen.

Mit wachsendem Sicherheitsverlust kämpfen auch die Schulen, die zudem mit der ihnen zugeordneten „Integrations“-Aufgabe überfordert sind. Spätestens beim Übergang an die Regelschulen zerplatzen die in der künstlichen Realität von Sprachlern- und „Willkommens“-Klassen gehegten Illusionen. Den Schulen droht Ghettobildung und weiterer Niveauverlust.

Wie den sprichwörtlichen Gorilla auf der Hollywoodschaukel ignorieren die offiziellen Debatten über „soziale“ und Steuer-Gerechtigkeit die förmliche Explosion der Sozialausgaben. Die Kommunen, die es als erste trifft, werden von Bund und Ländern „entlastet“; bezahlen müssen am Ende immer die Steuerzahler.

Die werden durch millionenfache Asyl-Einwanderung nicht mehr. Dass Hunderttausende Geringqualifizierte, rund ein Viertel von ihnen sind Analphabeten, nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können, lässt sich auf Dauer auch nicht mit steuerfinanzierten Phantom-Arbeitsplätzen in aufwendig beworbenen Vorzeigeprogrammen kaschieren.

700.000 Hartz-IV-Empfänger aus nichteuropäischen Asylländern meldete die Bundesagentur Ende 2016, 400.000 mehr als ein Jahr zuvor - bei 434.000 positiven Aufenthaltsentscheidungen des *BaMF*. Mit anderen Worten: *Wer einen Aufenthaltsstatus zuerkannt bekommt, landet zu 90 Prozent im Hartz-IV-Bezug.*

Unterhalts- und Gesundheitskosten für sie, ihre Angehörigen und das Gros derer, die noch kommen, werden auf Dauer die Steuer- und Beitragszahler tragen müssen. Das muss zwangsläufig zu steigenden Steuern und Abgaben und niedri-

geren Leistungen für alle führen. Die Plünderung der Rücklagen des Gesundheitsfonds durch Bundesgesundheitsminister *Hermann Gröhe* (56, CDU), um wenigstens bis zur Wahl höhere Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt zu vermeiden, ist davon nur eine laue Vorahnung.

Nicht zuletzt drückt eine derart hohe Zahl zusätzlicher Einwohner, die in der übergroßen Mehrzahl auf absehbare Zeit kein eigenes Einkommen erwirtschaften, sondern von öffentlicher Versorgung abhängig sein werden, massiv auf den Wohnungsmarkt. Der ist, nicht zuletzt wegen des Spekulationsdrucks durch die Euro-„*Rettungs*“-Billionen der EZB, schon jetzt für viele Durchschnittsdeutsche unerschwinglich.

Noch vor Jahresfrist kursierten Berechnungen, die wegen der Asyl-Zuwanderung von einer Erhöhung des Neubaubedarfs auf 400.000 Wohnungen jährlich ausgingen. Die optimistischeren Szenarien legten die wenig realistische Annahme zugrunde, man könne den Neusiedlern in größerer Zahl Wohnraum in ländlichen Regionen zuweisen - wo sie wiederum vielerorts das Sozialgefüge auf den Kopf stellen würden.

Die Jubelmeldungen über mal hier, mal da fertiggestellte Wohnungen für „*Flüchtlinge*“ und die allfälligen Warnungen, man dürfe selbige nicht gegen andere Bedürftige „*ausspielen*“, ignorieren die simple Tatsache, dass die Flächen in deutschen Städten begrenzt sind und jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann. Eine mit Steuergeld für „*Flüchtlinge*“ gebaute Sozialwohnung steht für deutsche Geringverdiener nicht mehr zur Verfügung.

Politik und Leitmedien sind sich offenbar einig, die ungelöste Asylkrise und ihre sozialen und finanziellen Folgelasten bis zur Bundestagswahl zu ignorieren. Für all jene, die bei der Stimmabgabe um der lieben Ruhe willen wieder mal denen vertrauen, die all diese Probleme sehenden Auges mitangerichtet und zu ihrer Lösung nur wolkige Versprechungen und absurde Beschwichtigungen anzubieten haben, wird das ein bitteres Erwachen geben.